

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Meine Damen und Herren! Die 31. Tagung der Volkskammer ist eröffnet. Wir begrüßen ganz herzlich die Vertreter des Diplomatischen Korps sowie die noch wenigen Gäste auf der Tribüne, die an unserer Tagung teilnehmen.

Die Tagesordnung der 31. Tagung liegt Ihnen vor. Auf unserer heutigen Tagung werden behandelt:

- Gesetz zum frei finanzierten Wohnungsbau (1. Lesung),
- Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes über das Wohneigentum und das Dauerwohnrecht (1. Lesung),
- Krankenhausfinanzierungsgesetz (1. Lesung),
- Finanzverwaltungsgesetz (1. Lesung),
- Gesetz zur Änderung der Verfassung der DDR (1. Lesung),
- Beschlußfassung über militärpolitische Leitsätze der DDR im Prozeß der deutschen Vereinigung (1. Lesung),
- Gesetz zur Durchführung eines Volksentscheides über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der DDR in einem künftigen vereinten Deutschland (1. Lesung),
- Verpflichtung der Regierung der DDR, mit dem Einigungsvertrag die Forderung nach Ausgleichszahlungen durch die BRD an die DDR für die in der DDR erbrachten höheren Reparationsleistungen nachdrücklich zu vertreten (1. Lesung),
- Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Versammlungsgesetzes (2. Lesung)
- Aufforderung an den Ministerrat, die Entlassung der Angehörigen des ehemaligen MfS und des nachgeordneten Bereiches in die Wege zu leiten (1. Lesung).

Im Interesse einer zügigen Abarbeitung dieser Tagesordnung bitte ich im voraus alle Abgeordneten, möglichst kurze, präzise Redebeiträge zu halten und Zusatzfragen auf ein notwendiges Maß zu begrenzen.

(Vereinzel Beifall)

Das Präsidium hat vorgesehen, die Dauer der heutigen Tagung auf 22 Uhr zu begrenzen.

(Vereinzel Beifall)

Es besteht aber durchaus die Aussicht, daß diese Zeitobergrenze unterboten wird.

Ein Geschäftsordnungsantrag, der Abgeordnete Heuer.

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Die PDS-Fraktion hatte eine Aktuelle Stunde zum Einigungsvertrag beantragt. Das ist abgelehnt worden. Ich habe jetzt festgestellt, daß Abgeordnete anderer Parteien bereits über die 900 Seiten Anlagen verfügen. Wann werden diese Anlagen auch den Abgeordneten der Opposition zur Kenntnis gebracht?

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Zu dieser Aktuellen Stunde kann ich kurz ausführen, daß das Präsidium auf Grund einer ordnungsgemäßen Information der Bevölkerung diese Aktuelle Stunde für den nächsten Donnerstag festgelegt hat.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Meine Frage bezog sich auf die Anlagen. Wann werden wir sie erhalten?)

(Zuruf von der PDS: Die 900 Seiten zum Einigungsvertrag !)

Die Verwaltung hat diese Anlagen noch nicht bekommen. Wir müssen also dann die Frage an die Regierung stellen, und wir können erst Auskunft geben, wenn sie die Verwaltung zur Verfügung hat.

(Dr. Seifert, PDS: Der Ministerpräsident ist doch da!)

Im Moment kann ich keine andere Auskunft geben.

(Dr. Heuer, PDS: Aber einige Abgeordnete haben heute diese Anlagen gehabt!)

(Unruhe im Saal)

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Bitte, die Fraktion F.D.P.

Lehment (F.D.P.):

Ich finde das schon wieder einen herrlichen Wahlkampf hier. Jede Fraktion hat einen Vertreter, und von diesem Vertreter können diese Unterlagen ja weitergereicht werden an die Fraktion. So ist das bei uns auch gewesen.

(Wo? Zuruf von der PDS)

(Dr. Modrow, PDS: Wer hat die bekommen? Von wem haben Sie das denn?)

Bei Euch gibt es doch Vertreter, die dort mitarbeiten.

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Ich bitte, keine Zwiesgespräche zu führen. Das ist richtig, was der Abgeordnete Lehment gesagt hat. Alle Fraktionen haben Vertreter mit dabei, einschließlich die Opposition, und die Abgeordneten müssen sich durch diese Vertreter informieren lassen.

(Vereinzel Beifall)

Wir werden versuchen, daß in nächster Zeit am heutigen Tage darüber noch eine Auskunft erteilt wird.

Meine Damen und Herren! Bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, daß sich das Präsidium darüber verständigt hat, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 zusammengefaßt zu behandeln. Ich stelle Zustimmung fest. Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 1 und 2:

X. Antrag des Ministerrates

Gesetz zum frei finanzierten Wohnungsbau

- Drucksache Nr. 190 -
(1. Lesung)

2. Antrag des Ministerrates

Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes über das Wohneigentum und das Dauerwohnrecht

- Drucksache Nr. 191 -
(1. Lesung)

Ich bitte den Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft, Herrn Dr. Axel Viehweger, das Wort zur Begründung zu nehmen.

Dr. Viehweger, Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Abgeordneten! Lassen Sie mich, bitte, zuerst über das Gesetz über das Wohneigentum und Dauerwohnrecht sprechen und anschließend über das des frei finanzierten Wohnungsbaus. Es sind im wesentlichen drei entscheidende Ursachen, die die Initiative der Regierung zur unverzüglichen Inkraftsetzung des Gesetzes über das Wohneigentum und über das Wohnrecht begründen.

Das ist zum ersten die auf der Hand liegende Absicht, im Interesse von Bauen und Wohnen potentiellen Investoren Rechtssicherheit zu vermitteln. Insofern besteht ein direkter Zusammenhang zu dem heute ebenfalls zur Behandlung anstehenden Entwurf des Gesetzes zum frei finanzierten Wohnungsbau. So schnell wie möglich sollen Gesetze gelten, die den Investoren bekannt und vertraut sind und auf deren Grundlage die Bedingungen für rentierliche Investitionen bestimmbar sind.

Wir möchten signalisieren, und dies sofort, daß auf dem Gebiet der Schaffung von Wohnungseigentum Gründe für abwartende Haltungen und Unsicherheiten von Investoren in bezug auf die Rechtslage nicht mehr bestehen. Damit sind zunächst und vorrangig Investitionen für neu entstehende Wohnungen, d. h. für Wohnungsneubau in Mehrfamilienhäusern, angesprochen.